

Das Ende des kalten Krieges?

Am 1. September '89 lag der Beginn des zweiten Weltkriegs durch den deutschen Überfall auf Polen nur 50 Jahre zurück. In einer Sondersitzung gedachte die Volkskammer der DDR dieses Tages. Erst die Truppen der Antihitlerkoalition hatten den deutschen Faschismus zerschlagen. Die Befreiung des Landes führte 1945 zur Aufteilung des Deutschen Reiches in verschiedene Besatzungszonen. Nach dem gemeinsamen Erfolg zerstörten die gegensätzlichen Ziele im Frieden die Koalition der Sieger. Jede Besatzungsmacht versuchte erfolgreich, in ihrem jeweiligen Sektor verbündete Deutsche an die Macht zu bringen. Und so gab es seit Herbst 1949 zwei gegensätzliche deutsche Staaten: eine westlich-kapitalistische Bundesrepublik und eine provisorische, planwirtschaftliche DDR.

Die DDR blieb Zeit ihres Lebens, was sie 1949 gewesen war: Der zweite deutsche Staat. Obwohl in ihr die gute Absicht zum ökonomischen Grundgesetz erhoben wurde, konnte sie sich ihrer „historischen Überlegenheit“ nie sicher sein. Deshalb blieb die Treue ihrer deutschen-demokratischen Untertanen immer eine schwierige Sache. Durch das Festhalten der BRD an einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft wurde allen DDR-Bürgern eine prinzipielle, wenn auch zumeist nur theoretische Alternative zur Herrschaft der SED-Politbürokraten eingeräumt. Die Zugehörigkeit zu einem Staate ist ja sonst eine gar nicht freiwillige Angelegenheit, die DDR-Bürger aber waren zur Auswahl der besseren Herrschaft aufgerufen. Angesichts der gefährlichen Ergebnisse – Hunderttausende gingen in den Westen – konnten die deutschen Kommunisten nur mit Grenztruppen, Mauer und Stacheldraht die Lebensfähigkeit ihres Landesteils erhalten.

Mitte der 80er Jahre konnte die Sowjetunion die Last der „Verteidigung der sozialistischen Staatengemeinschaft“ nicht mehr tragen. Mit einem neuen Generalsekretär der KPdSU sollten grundsätzliche Fortschritte im Lande erreicht und lange bekannte Probleme endlich gelöst werden. Die Reformen unter Gorbatschow brauchten aber für einen Erfolg ein ruhiges außenpolitisches Umfeld. Nur durch eine Verminderung der internationalen Spannungen bestand Hoffnung auf verminderte Rüstungskosten und positive Beiträge der Außenwirtschaft. Die sozialistischen Bruderländer sollten ihre Probleme gefälligst selber lösen und der Westen den Abbau der Konfrontation durch wirtschaftliche Kooperation honorieren. Ob aber die führenden Parteien in Osteuropa eine neue, selbständige Rolle spielen konnten, musste sich erst herausstellen. Und der Westen stellte auf jeden Fall seine eigenen Bedingungen für eine Zusammenarbeit. In der Schlussklärung des NATO-Gipfels vom 30. Mai 1989 hieß es im § 26 lapidar: „Wir streben nach einem Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Und US-Präsident Bush erklärte es zu seinem Ziel, „die Teilung Europas (zu) überwinden und eine Einheit zu schmieden, die auf westlichen Werten beruht.“ In einem solchen Europa war für den Fortbestand einer, wie auch immer (um)gestalteten DDR kaum Platz.



Die Begegnung von Torgau an der Elbe, Foto von Allan Jackson, 26. April 1945.



„Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen BRD haben? Natürlich keine. ... (Die DDR ist nur) als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar“ (Otto Reinhold, Mitglied des ZK der SED, in: Radio DDR II am 19. August '89).

„An der Staatsgrenze in Berlin, Kontrollpunkt Friedrichstraße im Oktober 1961“ (Geschichte der DDR, Berlin 1987)



„Die Sowjetunion stellt 25 % des wirtschaftlichen Weltpotentials. Sie muß 50 % der Rüstungslasten tragen, um die Parität zu den westlichen Staaten herzustellen. Das ist doch klar, daß die Menschen arm sein müssen, wenn sie soviel in die Rüstung stecken.“ (S. Wenzel, stellvertretender Leiter der Staatlichen Plankommission)